

Chancen für junge Menschen verbessern: Anforderungen an eine Kindheits- und Jugendstrategie 2022 in Zeiten von Post-Covid

Überlegungen für die nachhaltige Gestaltung der Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen unter Berücksichtigung der Corona-Folgen

Junge Menschen sind von den Auswirkungen der Corona-Pandemie in ihrem Alltag besonders betroffen. Ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist dadurch in noch nicht konkret abschätzbarer Weise beeinträchtigt. Zwei Jahre leben junge Menschen in einem Krisenmodus, ohne dass ein Ende in Sicht ist und die Zukünfte für die junge Menschen verlässlich planbar werden. Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich das Krisen-Bewusstsein auch unter jungen Menschen noch einmal verschärft, dass durch die globalen Herausforderungen und Konflikte ihr Leben unmittelbar berührt wird.

Inzwischen wird vielfach davon gesprochen, dass wir in einer Phase des „Post-Covid“ eingetreten sind. Damit werden einerseits die weiteren – auch langfristigen - gesundheitlichen Folgen bezeichnet. Andererseits wird damit aber auch darauf hingewiesen, dass Covid-19 heute nicht mehr linear-dominant den Alltag dominiert, sondern mit anderen Phänomenen verflochten auftritt und auch sozial neue Phänomene – Intensivierung sozialer Benachteiligung bei einigen Gruppen, verändertes Bildungs- und Freizeitverhalten etc. – hervorgerufen hat.

Mit „Post“ ist somit nicht gemeint, dass Covid-19 im Kindes- und Jugendalter überwunden ist, sondern vielmehr, dass die Herausforderungsstruktur sozial vielschichtiger geworden ist. Diese Situation bedarf einer ebenso vielschichtigen Kindheits- und Jugendstrategie. Daran ist umso deutlicher zu erinnern, da die aktuelle Lage gleichzeitig dazu geführt hat, dass die politische kindheits- und jugendpolitische Aufmerksamkeit gegenüber den entsprechenden Herausforderungen im Kontext von „Post-Covid“ zu sinken scheint.

- ✓ Es ist ein konzertiertes Vorgehen – die Entwicklung einer Kindheits- und Jugendstrategie – gefordert, damit in Zeiten von Post-Covid die Rechte junger Menschen auf eine diskriminierungsfreie und gleichberechtigte soziale Teilhabe verwirklicht werden. Dabei ist insbesondere weiteren sozialen Benachteiligungen entschieden entgegenzuwirken.

Im institutionellen Gefüge des Aufwachsens – Kindertagesbetreuung, Schule, Ausbildung, Kinder- und Jugendarbeit sowie -hilfe und in den Familien – hat Covid-19 zu grundlegenden Veränderungen geführt, die sich elementar auf die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgewirkt haben. Junge Menschen haben – so zeigen es unterschiedliche Studien – darauf hingewiesen, dass die Beteiligungsstrukturen während der Pandemie nicht krisenfest waren, junge Menschen nur wenig an der Aushandlung der Regulation des Alltags beteiligt wurden.

- ✓ Eine Kindheits- und Jugendstrategie in Zeiten von Post-Covid muss sicherstellen, dass die Beteiligungsstrukturen von jungen Menschen auf allen Ebenen krisenfest verankern werden. Gerade in Bezug auf die Beteiligungsrechte ist aus den vergangenen zwei Jahren zu lernen, dass die Beteiligung junger Menschen im institutionellen Gefüge des Aufwachsens noch keineswegs nachhaltig und inklusiv etabliert ist.

Es gibt Ungleichheiten in der Betroffenheit von Pandemie-Folgen. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die negativen Auswirkungen der Pandemie und die potentiellen Langzeitfolgen für junge

Menschen nicht allein Gruppen in schwierigen sozialen Lebenslagen betreffen. Der Handlungsbedarf, der sich aus den psycho-sozialen, emotionalen, bildungsbezogenen, gesundheitlichen und auch wirtschaftlichen Folgen ergibt, lässt sich für die Gruppe der jungen Menschen bisher erst in Ansätzen skizzieren. Zahlreiche Studien haben inzwischen empirische Befunde vorgelegt, dass junge Menschen in unterschiedlichen Lebensbereichen sehr deutlich nachteilige Folgen der Covid-19-Pandemie zu tragen haben. Diese Auswirkungen sind für viele junge Menschen nicht nur ein temporärer Zustand, sondern sie verdichten sich bei vielen jungen Menschen zu latenten Belastungen, die sie ohne professionelle Hilfe nicht bearbeiten können.

- ✓ Es bedarf einer ausdifferenzierten Angebotsstruktur für die Bearbeitung der Langzeitfolgen von Covid-19 bei jungen Menschen. Diese Angebotsstruktur sollte von Beginn an so angelegt sein, dass sie junge Menschen nicht pathologisiert und klientelisiert, ohne die Belastungen zu bagatellisieren.

Fallzahlen aus unterschiedlichen Studien oder auch aus Meldungen und Tätigkeitsberichten sozialer oder gesundheitsbezogener Dienste bieten Hinweise auf das Ausmaß, können aber eher nur als Grobschätzung dienen, weil das Wissen über den Umfang und die Art der Belastungen unter junge Menschen bisher nicht hinreichend erfasst werden konnte. Insbesondere mit Blick auf die Dauer der Pandemie zeigt sich ein erheblicher Handlungsbedarf für verschiedene Lebensbereiche junger Menschen, der die Kinder- und Jugendhilfe vor weitere Herausforderungen stellt.

- ✓ So ist sind u.a. die bisherigen Formen des Kinder- und Jugendschutzes unter den Bedingungen von Covid-19 und vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus den vergangenen zwei Jahren, neu zu überprüfen. Es ist bspw. sicherzustellen, dass junge Menschen Unterstützungs-, Not-, Beschwerdestellen erreichen können.

Unterschiedliche Berichte und Studien weisen zudem darauf hin, dass einige junge Menschen den Kontakt zu Bildungseinrichtungen oder zu Jugend- und Freizeitangeboten verloren haben. Weiterhin kann nicht einfach davon ausgegangen werden, dass die Organisationen des Kindes- und Jugendalters, wie die öffentliche, freie und verbandliche Kinder- und Jugendarbeit oder Sportvereine, einfach an die Situation von 2019 anknüpfen können und sollten.

- ✓ Es bedarf einer Strategie des Wiederaufbaus und der Erneuerung, um die Infrastruktur für junge Menschen nachhaltig zu sichern. Dazu sind insbesondere Strategien erforderlich, in denen die jungen Menschen niedrigschwellig in ihrem Alltag erreicht werden.

Insgesamt ist sicherzustellen, dass die Folgen von Post-Covid in der Kindheits- und Jugendpolitik nicht politisch „vergessen“ werden. Es bedarf regelmäßiger Berichte über die Covid-Folgen im Kindes- und Jugendalter, damit diese nicht übergangen werden. Ein Übergehen und Vergessen der Folgen würde insbesondere die jungen Menschen treffen, die nicht aus privaten Ressourcen selbst einen Ausgleich schaffen können oder aufgrund sozialer Benachteiligung oder Behinderungen nicht am Alltag unter Post-Covid-Bedingungen – z.B. analog-digitale Alltag – gleichberechtigt teilhaben können.

Tanja Rusack, Wolfgang Schröer & Severine Thomas
Mitglieder des Forschungsverbundes Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit –
siehe <https://t1p.de/studien-corona>

Stiftung Universität Hildesheim
Institut für Sozial- und Organisationspädagogik

Hildesheim, den 27. Mai 2022